

Redebeitrag zum Antrag der FWG Boppard e. V. auf Prüfung der Möglichkeit zur Auflösung der verbandsfreien Stadt Boppard und Bildung einer Verbandsgemeinde Boppard-Land (Mittelrhein?) in der Stadtratsitzung am 02.02.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Stadträte,

zu Beginn der Beratungen möchte ich noch einmal um eine ernsthafte und sachgerechte Diskussion bitten, weil die Thematik der Kommunalreform ein wichtiges Anliegen ist und jetzt die Möglichkeit besteht, die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Wir wissen, dass tiefgreifende Veränderungen immer auf Widerstand stoßen. Gerne wird an dem Alten festgehalten und die Nachteile und Ängste vordergründig in den Raum gestellt. Es wird sich zuwenig mit den Chancen, die daraus entstehen befasst.

Öffnung heißt für uns die Devise. Alternativen dazu gibt es nicht. Wer sich isoliert, wird keine Zukunft haben. Wir meinen, dass die verbandsfreie Stadt Boppard keine Partner fürs kommunale Ehebett finden wird. Der fortschreitende demographische Wandel wird alle Lebensbereiche einholen, so auch die kommunale Strukturen. In Zeiten, wo sich Grenzen auflösen (Stichwort: Rheinbrücke) ist ein neues, ein übergreifendes Denken gefragt. Zwischen Hunsrück und Rhein, wie auch zwischen dem Rhein-Hunsrück-Kreis und seinen Nachbarn.

Natürlich gibt es Reformbedarf und ergänzend zu dem Antrag auf Prüfung der Möglichkeit zur Auflösung der verbandsfreien Stadt Boppard und Bildung einer Verbandsgemeinde Boppard – Land (Mittelrhein?) möchte ich noch folgendes ergänzen:

Schon Bürgermeister Wolfgang Gipp (SPD) sah die Einheitsgemeinde trotz der theoretischen Vorteile wie der Verwaltungsvereinfachung nicht als wirkliche Alternative zu den üblichen Verbandsgemeinden an, so nachzulesen in der Sonderbeilage Rhein-Hunsrück-Zeitung 25 Jahre Rhein-Hunsrück-Kreis – 25 Jahre Verbandsgemeinden.

Aus den vielen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern stellen wir verstärkt den Wunsch nach Selbständigkeit und Eigenverantwortung hinsichtlich der Planungs- und Finanzhoheit fest. Seit vielen Jahren ist festzustellen, dass die aus den Ortsbezirken eingebrachten Vorschläge nur ungenügend Berücksichtigung finden.

Die Erwartungen der Menschen nach dringend notwendigen Verbesserungen und Konzepten wurden nicht erfüllt. Vielmehr ist eine Frustration zu verzeichnen, weil in der Kernstadt millionenschwere Projekte angegangen werden und die Belange der kleineren Ortsbezirke unwichtig erscheinen.

Es ist festzustellen, dass die Ortsbeiräte, aber auch die Bürgerinnen und Bürger sich zunehmend weniger engagieren und Probleme haben sich mit der Entscheidungsfindung zu identifizieren. Dies zeigen die jährlichen Haushaltsberatungen in den Ortsbezirken. In der Regel bleibt nur der Verweis auf die

gefassten Beschlüsse der Vorjahre. Viele Ortsbezirke finden sich im Haushalt der Stadt Boppard nicht wieder. Durchschaubare Aktivitäten kurz vor der Kommunalwahl zähle ich hierzu nicht.

Auch hier im Stadtrat findet sich nicht von jedem Ortsbezirk eine Vertreterin oder ein Vertreter.

Die selbständige Ortsgemeinde macht Mut zur **Eigeninitiative**. Dem ehrenamtlichen Engagement würde ein neuer Schub verliehen (Stichwort Einsatz Bauhof).

Die Aussage des Innenministers in dem Rhein-Hunsrück-Anzeiger: Zitat: „Bad Salzig eigenständig machen, hieße die Uhr zurückdrehen. Die Entwicklung muss vielmehr in die andere Richtung laufen“, ist aus unserer Sicht völlig unüberlegt und geht an dem Willen der Bürgerinnen und Bürger vollkommen vorbei. Denn in der Konsequenz hieße dies weitere selbständige Ortsgemeinden in die Unselbständigkeit zu führen.

Auf das Thema finanzielle Ausstattung selbständiger Ortsgemeinden möchte ich etwas näher eingehen. Zu der ersten Reaktion des Bürgermeisters kann ich nur feststellen, dass das Thema bewusst auf ein falsches Gleis gelenkt wird. Zu suggerieren, dass allein die Gewerbesteuer die Einnahmequelle der Gemeinden ist, kann so nicht hingenommen werden. Die vermeintliche Abhängigkeit der kleinen Ortsbezirke, die damit zum Ausdruck gebracht werden soll, ist schlichtweg **falsch**.

Die Gewerbesteuer spielt im Grunde nur eine untergeordnete Rolle. Dies erklärt auch, warum Orte wie St. Goar, Karbach, Alken usw. sich mehr als entwickelt haben und gut aufgestellt sind für die Herausforderungen, die auf uns zukommen. Ich weiß aus meiner beruflichen Erfahrung, dass es in vielen Gemeinden – ohne Gewerbesteuereinnahmen – eine gute finanzielle Ausstattung gibt, die es seit Jahren ermöglicht einen ausgeglichenen Haushalt zu fahren, beispielsweise in den Gemeinden der Verbandsgemeinde Emmelshausen. Von den erzielten Gewerbesteuereinnahmen bleiben in der Regel nur 10 bis 15 % bei den kleinen Gemeinden hängen.

Herr Bürgermeister, Sie wissen doch, dass die Finanzverfassung sicherstellt, dass alle Gemeinden – und somit auch die Ortsgemeinden – ohne Gewerbesteuereinnahmen **eine Mindestfinanzausstattung** erhalten, die dazu beiträgt, dass eine gerechte Ausgangsbasis im gesamten kommunalen Bereich geschaffen wird. Das Grundgesetz verpflichtet die Länder, die Gemeinden am Länderanteil der Gemeinschaftssteuern zu beteiligen. Dazu gehören Anteile der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer. Als Kernstück des kommunalen Finanzausgleichs ist die Schlüsselzuweisung A zu nennen. Die Schlüsselzuweisung A erhalten die Gemeinden, wenn ihre Steuerkraftmesszahl unter 76,2 % der landesdurchschnittlichen Steuerkraftmesszahl liegt. Auch das müsste Ihnen Herr Bürgermeister hinreichend bekannt sein.

Auf die jährliche Gewinnverteilung (Dividendenverteilung) vom Energiezweckverband (**EZV**) möchte ich erst gar nicht eingehen. Auch diese recht hohen jährlichen Einnahmen sind auf Dauer eine verlässliche Größe. Diese Einnahmen stehen im besonderen den Gemeinden außerhalb der Kernstadt Boppard und Bad Salzig rechtlich zu.

Die ersten Kommentare der anderen Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat sind daher somit nicht haltbar. Was die Gewerbesteuererinnahmen und die Finanzausstattung des Ortsbezirks Bad Salzig angeht, darüber machen wir uns erst recht keine Sorgen (- fast 6 Millionen Euro in nur 4 Jahren -).

Wir sind nahe am Bürger dran

Da unser eindringliches Mahnen an den Stadtrat und die Verwaltungsspitze nach einem anderen Umgang mit den Ortsbezirken keine Resonanz fand, sehen wir uns zu diesem Antrag veranlasst. Auch erkennen wir in den Bestrebungen der Landesregierung im Rahmen dieser Kommunal- und Gebietsreform durchaus Ansätze, den Kommunen mehr Eigenständigkeit in selbständigen Ortsgemeinden zu ermöglichen.

Fazit:

1. Eine solide Finanzausstattung selbständiger Ortsgemeinden ist jederzeit gewährleistet.
2. Der Vorteil einer Verbandsgemeinde liegt darin, dass die ihr angehörenden Gemeinden selbst im Rahmen ihrer Planungs- und Finanzhoheit entscheiden können, in welcher Priorität Investitionen durchgeführt werden.
3. Ein solcher Schritt eröffnet Boppard die Möglichkeit weitere Partner am Mittelrhein zu finden. Für uns ist der Zeitpunkt gekommen, um eine politische Einheit im Mittelrheintal anzustreben. An die Möglichkeiten im Falle des Baus der kurz- (mittel-)fristig anstehenden Realisierung der Rheinbrücke sollte bereits heute gedacht werden.

Das Anliegen ist, unsere Region fit zu machen für die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte.